

Wenn man den Musterstaat in den Blick nimmt, den Ulbricht und die hinter ihm stehendesowjetische Besatzungsmacht zu schaffen gedachten, dann gilt es zuerst ein völlig anderes als das vertraute Staatsverständnis zu erörtern. In der DDR sprach man zwar ebenfalls von „Demokratie“, setzte diese aber mit der „Diktatur des Proletariats“ gleich. Gemeint war die Diktatur einer Parteiführung, die im Namen der Arbeiterschaft beziehungsweise der Werktätigen agierte. Der Anspruch wurde mit der Behauptung gerechtfertigt, dass allein die „werk tätigen Arbeiter und Bauern“ das Volk verkörperten und dass die Partei die Avantgarde des so definierten Volkes sei. Sie besitze mit der marxistisch-leninistischen Lehre den Schlüssel zur Kenntnis der Volksinteressen, die sie dementsprechend verwirkliche. Nach diesem Verständnis von Demokratie kam es prinzipiell nicht darauf an, das zu tun, was das Volk wollte, sondern nur darauf, dem Willen zu folgen, den das Volk nach Ansicht der Parteiführung haben sollte. Daher erübrigte sich jede Nachfrage nach den tatsächlichen Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung. Freie Wahlen galten als Instrumente einer bloß „formalen Demokratie“, mit deren Hilfe die „Bourgeoisie“ ihre „Klassenherrschaft“ gegen das Volksinteresse durchsetze.

Der Umstand, dass die Führungen der KPdSU und der SED grundsätzlich nicht bereit waren, sich nach dem Willen der von ihnen beherrschten Menschen zu richten, hatte zur Folge, dass ihr politisches Hauptaugenmerk der „Entschei-

dung der Machtfrage“ galt und dass dabei alle Mittel der Manipulation und der Gewalt anzuwenden waren. In der Sowjetunion hatte Lenin folglich die Herrschaft in einem langen und blutigen Bürgerkrieg durchgesetzt. Wie Stalin intern erläuterte, war dies in den 1944/45 eroberten Gebieten nicht mehr nötig, denn dort hatte die Rote Armee die Machtfrage bereits entschieden. Dort konnte man einen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ gehen. Weil die sich auf die sowjetische Herrschaftsgewalt stützenden und dem Kreml Gehorsam leistenden Kommunisten zunächst weder die nötigen Kader noch genügenden Einfluss hatten, gestatteten die Besatzungsverwaltungen der UdSSR die Tätigkeit mehrerer Parteien, soweit und solange diese nach ihrer Auffassung einen „antifaschistisch-demokratischen“ Kurs steuerten.

Zu den Auflagen gehörte insbesondere, dass alle Parteien den politischen Konsens mit den Kommunisten zu wahren hatten. Sie durften sich nicht den Initiativen widersetzen, welche diese auf sowjetische Weisung hin einleiteten, oder gar dazu übergehen, Alternativen zu formulieren. Von Anfang an war vorgesehen, die anderen Parteien allmählich zu entmachten beziehungsweise aufzusaugen. Dass der Kreml für die Errichtung der kommunistischen Alleinherrschaft den Umweg über ein Mehrparteiensystem wählte, hatte außen- und innenpolitische Gründe. Im Verhältnis zu den angelsächsischen Mächten, auf deren weitere Bereitschaft zu Kooperation und Hilfe

Stalin bei Kriegsende hoffte, erschien es angebracht, eine demokratische Fassade aufzuziehen. Im Blick auf die eroberten Gebiete hielt der Führer der UdSSR eine Strategie der Machtergreifung durch Koalitionsbildung für notwendig. Da die Kommunisten eine kleine, von der jeweiligen Bevölkerung ganz überwiegend abgelehnte Minderheit waren, war es nach seinem Urteil nicht angebracht, sie sogleich offen und direkt mit den „Kommandohöhen“ zu betrauen. Er hätte sie damit der Gefahr politischer Isolierung und Ohnmacht ausgesetzt. Daher schien es richtig, die Gesellschaft zunächst durch den Anschein einer Mitwirkung nicht-kommunistischer Kräfte an das Regime zu gewöhnen und erst während dessen allmählicher Konsolidierung die „führende Rolle“ der Kommunisten zur vollen Entfaltung zu bringen. Für das Gelingen dieser Machtergreifungsstrategie bürgten die Präsenz der Sowjetmacht und die Durchführung zweier Handlungsstränge. Zum einen leiteten die Kommunisten auf Moskauer Weisung hin frühzeitig Umwälzungsmaßnahmen ein (wie Bodenreform, Überführung von Industriebetrieben und Banken in „Volkseigentum“, Beseitigung des „bürgerlichen“ Erziehungswesens), die auf die sozial-wirtschaftliche Entmachtung der bürgerlichen Schichten abzielten. Zum anderen platzierten die sowjetischen Behörden zuverlässige Kader in die Schlüsselpositionen der inneren Machtausübung (wie namentlich Personalverwaltungen, Polizei und, sobald einheimische Kräfte mit dazu herangezogen wurden, Staatssicherheitsdienst und Armee).

Die Verwirklichung dieses Konzeptes einer „Volksdemokratie“ stieß in Deutschland auf die besondere Schwierigkeit, dass Stalin nicht das ganze Land, sondern nur eine von vier Besatzungszonen in die Hand bekam. Er erwog lange Zeit, ob er nicht stattdessen Plänen der Zerstückelung, das heißt der dauernden machtpoli-

tischen Ausschaltung Deutschlands, den Vorzug geben solle. Als er im ausgehenden Winter 1945 zu dem Schluss kam, dass er auch den Deutschen sein System aufzwingen könne, wurde er von mehreren Erwartungen geleitet. Der amerikanische Präsident Roosevelt hatte ihm in Jalta versichert, dass die Truppen seines Landes bald wieder nach Hause zurückkehren würden. Die USA, so folgerte der sowjetische Führer, würden mithin so wie nach dem Ersten Weltkrieg die weiteren Geschicke Europas den dortigen Mächten überlassen. Dadurch würde die UdSSR eine überlegene Position auf dem Kontinent gewinnen. Eine Gewähr für den Erfolg sah Stalin zudem darin, dass er zunächst die alleinige und nach Einrücken der westlichen Garnisonen immerhin noch die überwiegende Macht in Berlin gewann. Bald nach Eroberung der Stadt bemühte er sich, von dort aus die politischen Verhältnisse in ganz Deutschland zu präjudizieren. Weiterhin sah er von allem Anfang an eine gesamtdeutsche „Einheitspartei der Arbeiterklasse“ vor. Nach genügendem Erstarken sollten die Kommunisten die Sozialdemokraten ihrer Partei einverleiben und sich damit das Monopol der Einflussnahme auf die deutsche Arbeiterschaft sichern, die in Moskauer Sicht der entscheidende soziale Machtfaktor im Lande war.

Wie sich bald zeigte, konnte Stalin sein Programm nur so weit durchsetzen, wie ihm die Rote Armee Nachdruck verlieh. Dem Parteiensystem, das die sowjetische Besatzungsmacht nach ihren Vorstellungen und unter ihrer Kontrolle in Ost-Berlin etablierte, stellten die bürgerlichen Kräfte in den Westzonen eigene Gründungen entgegen. Die Linie der Berliner SPD-Spitze unter Grotewohl stieß auf die Ablehnung der westdeutschen Parteigliederungen, die durch Kurt Schumacher davon überzeugt wurden, dass die Kommunisten Lakaien der Fremdmacht Sowjetunion seien und daher nicht als Partner

in Betracht kämen. Der Potsdamer Drei-Mächte-Beschluss über die Einrichtung Deutscher Zentralverwaltungen, deren Struktur und Personal die sowjetische Seite in Ost-Berlin insgeheim schon vorbereitet hatte, scheiterte an französischem Widerstand. Nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten entwickelten sich im Sommer und Herbst 1945 zur stärksten Kraft in der werktätigen Bevölkerung und stellten damit den Führungsanspruch der KPD infrage, den die UdSSR durchzusetzen suchte. Stalin sah sich dazu gedrängt, eine baldige Vereinigung der „zwei Arbeiterparteien“ zu befehlen, obwohl die für notwendig erachteten Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Es galt aber nun zunächst einmal zu verhindern, dass die SPD bei den Wahlen im Herbst 1946 mehr Stimmen gewann als die KPD und damit deren Führungsanspruch in aller Öffentlichkeit demonstrierte.

Keine Einigung mit Moskau

Bei der Zwangsvereinigung beider Parteien im April 1946 zeigte sich erneut, dass der Einfluss des Kreml nicht über die eigene Zone hinausreichte. Weder die SED noch irgendwelche als kommunistisch-sozialdemokratische Initiativen firmierende „Arbeitsgemeinschaften“ konnten dem politischen Leben Westdeutschlands eingepflanzt werden. Das sowjetische Bemühen, die SPD auszuschalten oder zumindest zu marginalisieren, trug wesentlich dazu bei, dass die Westmächte mehr und mehr zur Überzeugung kamen, mit der UdSSR sei keine Übereinkunft möglich. Enthüllend für die westliche Seite war auch, dass Außenminister Molotow den amerikanischen Vorschlag eines Vertrages über die langfristige Entmilitarisierung Deutschlands, die Moskau lautstark verlangte, mit der Gegenforderung nach Übertragung der sowjetzonalen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umwälzungsmaßnahmen auf die Westzonen beantwortete.

Nachdem ein letzter Versuch der beiden angelsächsischen Mächte zur Einigung mit der UdSSR auf der Moskauer Konferenz vom Frühjahr 1947 gescheitert war, starteten die USA den Marshall-Plan, um Westeuropa zu stabilisieren. In Washington dachte man nun an keinen Rückzug mehr vom europäischen Kontinent und war bereit, dessen Gesundung auch ohne Einverständnis des Kreml zu betreiben. Den Westzonen fiel in diesem Wiederaufbauprogramm eine zentrale Rolle zu. Stalin sah sich um seine Hoffnung auf leichtes Spiel in Deutschland und Europa betrogen. Es dauerte freilich noch über fünf Jahre, bis er einsah, dass die Mittel des nun eingeleiteten Kalten Krieges nicht fruchteten und dass daher mit einem kommunistisch vereinigten Deutschland vorerst nicht zu rechnen war.

Die Proklamierung der DDR im Oktober 1949, der ein mehr als zweijähriger systematischer Aufbau zentraler Verwaltungs- und Herrschaftsapparate vorausgegangen war, stand noch im Zeichen der Hoffnung auf baldige nationale Einheit. Gemäß Vorstellungen, die Ulbricht und seine Leute schon 1946 formuliert hatten, und auf eine Verfassung gestützt, die auf Weisungen aus Moskau beruhte, an der aber einige Mitläufer aus den Westzonen mitgewirkt hatten, war die DDR als deutsche Republik konzipiert, die lediglich durch die Anwesenheit der Westmächte in den westlichen Landesteilen zunächst an der Ausdehnung auf das gesamte ihr vorgeblich zustehende Territorium gehindert war. Diese Beschränkung hoffte Stalin bald zu überwinden. In völliger Verkennung der politisch-psychologischen Lage glaubte er, dass er die Deutschen mit kommunistischen Einheitskampagnen dazu bringen könne, die Forderung der UdSSR nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Abzug der Besatzungstruppen zu unterstützen. In diesem Fall hätten auch die sowjetischen Solda-

ten das Land zu verlassen gehabt. Um sich trotzdem ein bewaffnetes Übergewicht in Deutschland zu sichern, hatte Stalin nach Vorbereitungen, an denen Ulbricht beteiligt war, Mitte 1948 sowjetische Militärs mit dem Aufbau einer geheimen deutschen Bürgerkriegsarmee beauftragt, die bis 1950 auf 50 000 bis 60 000 Mann anwuchs und anschließend zunächst durch Marinekader ergänzt wurde.

Forcierter „Aufbau des Sozialismus“

Ulbricht, Pieck und Grotewohl regten im Sommer 1951 in Moskau über die Ost-Berliner Vertreter der UdSSR eine Note an die Westmächte an, die einen baldigen Friedensvertrag mit einem einigen Deutschland fordern und damit der laufenden Einheitskampagne Schwung verleihen sollte. Stalin stimmte zu. Die Vorschläge, die das Außenministerium daraufhin formulierte, machten Verhandlungen absichtlich nicht attraktiv. Westlichen Politikern, die so wie der britische Premierminister Churchill für eine Wiedervereinigung eintraten, bei der die westliche Seite auf die militärische Integration der Bundesrepublik und die Sowjetunion auf die SED-Diktatur verzichten sollte, wurde von vornherein jede Hoffnung genommen, denn, wie in begleitenden Stellungnahmen betont wurde: die vier Mächte sollten nur den Friedensschluss besprechen dürfen, während die Probleme der Einheit – ob es freie Wahlen und Demokratie geben sollte oder nicht – allein von den Beauftragten beider deutscher Staaten zu entscheiden waren. Ulbricht und seinen Leuten wurde damit von vornherein ein Veto gegen alles zugewilligt, was ihren Wünschen nicht entsprach. Zugleich rückte Moskau von dem Verlangen nach Entmilitarisierung ab und forderte stattdessen für die Deutschen „nationale Streitkräfte“ und eine eigene Rüstungsindustrie. Das war inso-

fern bemerkenswert, als die Polemik gegen jede „Remilitarisierung“ dem Kreml Sympathien im Westen eingebracht hatte, die zumindest in Paris nicht ohne Einfluss auf die Regierungspolitik geblieben waren. Wer immer Sorge vor dem Wiedererstehen deutscher Truppen hatte – „nationale Streitkräfte“ erschienen auf jeden Fall schlimmer als Verbände, die, wie es Bonn mit seinen Partnern ausgehandelt hatte, in eine internationale Militärorganisation eingebunden waren.

Was das alles zu bedeuten hatte, zeigte sich erst, nachdem die Note am 10. März 1952 den westlichen Regierungen übermittelt worden war. In der DDR setzte eine intensive Propaganda- und Anwerbekampagne für „nationale Streitkräfte“ zur Verteidigung des Landes gegen „imperialistische Aggression“ ein. Ausweislich der Akten ging das auf ausdrückliche Moskauer Anweisung zurück und zielte auf Umstrukturierung der bisherigen Bürgerkriegsarmee in koalitionsfähige Verbände mit dem weit größeren Gesamtumfang von 300 000 Mann ab. Diese waren dazu bestimmt, den sowjetischen Truppen im Falle eines Krieges mit dem Westen Hilfe zu leisten. Stalin war zu der Ansicht gelangt, dass die Integration der Bundesrepublik in die westliche Allianz bereits eine vollendete Tatsache war, an der sich nichts mehr ändern ließ – ein Schluss, den Äußerungen im Gespräch mit Ulbricht, Pieck und Grotewohl ausdrücklich bestätigten. Er rechnete nicht mehr damit, dass die Frage der deutschen Einheit und der Einsatz einer Bürgerkriegsarmee in absehbarer Zukunft aktuell werden könnten. Stattdessen bereitete er sich auf einen möglichen militärischen Konflikt mit dem westlichen Bündnis vor, dessen wachsende Stärke – und nicht mehr die deutsche Frage – seine vorrangige Aufmerksamkeit beanspruchte. Er versprach sich nichts mehr von Verhandlungen mit den westlichen Regierungen und hoffte auch nicht, die Zwei-

staatlichkeit durch Mobilisierung der Deutschen unter Parolen der nationalen Einheit kurz- oder mittelfristig in seinem Sinne überwinden zu können.

Durchgreifen im Klassenkampf

Vor dem Kurswechsel hatte Stalin darauf gedrungen, dass die SED-Führung die Umwälzung zu einem kommunistischen Staats- und Gesellschaftssystem mit Maßnahmen vorantreibt, dies aber nach außen hin als „bürgerlich-demokratisches“ Aktionsprogramm darstellt, um negative Reaktionen der westdeutschen Öffentlichkeit möglichst zu vermeiden. Von „Volksdemokratie“ oder gar „Sozialismus“ durfte keine Rede sein, und das bürgerliche Eigentum wurde scheinbar respektiert. Die in großem Umfang vorgenommenen Betriebsenteignungen galten als Strafen, die gegen frühere Nazis oder gegen „Wirtschaftsverbrecher“ verhängt wurden. Die Rücksicht auf die bürgerliche Mentalität, die dem SED-Regime lästig geworden war, schien nach dem Ende der Hoffnung auf baldige Inbesitznahme der Bundesrepublik nicht mehr notwendig. Der Kreml richtete daher die Politik der DDR nicht länger an der Vorstellung einer Vereinigung aus. Stalin erklärte Ulbricht, Pieck und Grotewohl, sie müssten sich, da Westdeutschland nun durch den Aufbau von Streitkräften zum Staat werde, ebenfalls einen Staat schaffen. Wie er im Einzelnen ausführte, gehörten dazu Militär, Rüstungsindustrie, eine Abriegelung der Westgrenze, eine uneingeschränkte sozialistische Umgestaltung des Landes, ein rücksichtsloses Durchgreifen im „Klassenkampf“ gegen das Bürgertum und verstärkte gerichtliche Repression.

Ulbricht, der schon lange einen härteren Kurs befürwortet hatte, machte sich dieses Programm gerne zu Eigen. Wie es seit 1945 sowjetischer Brauch war, galt es freilich, das Vorgehen nicht als einheitswidriges Handeln, sondern als Reaktion

auf einen vorangegangenen Spaltungsakt des westlichen „Klassenfeindes“ erscheinen zu lassen. Daher wartete die DDR-Regierung mit der ersten vorgesehenen Maßnahme, der Abriegelung der Westgrenze durch ein tief gestaffeltes Kontrollsystem, bis zur Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten. Zur Enttäuschung Ulbrichts verweigerte die sowjetische Führung die Sperrung auch der Grenze in Berlin. Die Westsektoren der Stadt blieben ein Schlupfloch für fluchtwillige DDR-Bürger, die in großer Zahl ihrem Staat den Rücken kehrten. Der nächste Schritt, den die sowjetische Seite ebenfalls in allen Einzelheiten vorbereitet hatte, war die Beseitigung der Ländereinteilung und die Einrichtung von Bezirken nach dem Vorbild der UdSSR. Die Zentralisierung, welche die Besatzungsmacht in Abkehr von den Vereinbarungen mit den Westmächten seit 1946 vorangetrieben hatte, kam damit zum Abschluss. Das entsprach den Bedürfnissen eines vollsozialistischen Regimes, das einen uneingeschränkten Instanzenzug von oben nach unten voraussetzte.

Verstärkte kommunistische Umgestaltung

Den größten Schritt zur vollen Übernahme des sowjetischen Systems machte die SED-Führung mit den Beschlüssen der II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 über den „Aufbau des Sozialismus“, die „Stärkung der demokratischen Volksmacht“ und die „Organisierung der bewaffneten Streitkräfte“. Mit dieser forcierten kommunistischen Umgestaltung, die nach Ausarbeitung der Einzelheiten dem Kreml nochmals zur Billigung unterbreitet worden war, folgte sie Stalins Instruktionen vom Frühjahr. Änderungen in Verwaltung und Justiz wurden ebenso vorgesehen wie eine – vorgeblich „freiwillige“ – Kollektivierung der Landwirtschaft. Die SED sollte in jeder Hinsicht

und mit allen Konsequenzen die „führende Rolle“ übernehmen. Das Militär, das sich bereits in einem Erweiterungs- und Umbauprozess befand und das vorerst als „Kasernierte Volkspolizei“ firmierte, fand Erwähnung mit einem nachträglichen Beschluss, der seine „Organisation“ vorsah, und in der Forderung, es müssten „nationale Streitkräfte“ aufgestellt werden. Weil der militärische Aufbau praktisch schon in Gang war, hieß dies, dass die Armee bei sich bietender Gelegenheit, nämlich nach Inkrafttreten der Verträge zwischen der Bundesrepublik und dem Westen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, offiziell als solche dekretiert werden sollte. Als der westdeutsche Wehrbeitrag unerwartet lange nicht ratifiziert wurde, blieb die Existenz der ostdeutschen Streitkräfte unerklärt. Trotzdem wurde die Umstrukturierung abgeschlossen, und der zahlenmäßige Ausbau ging weiter. Zugleich wurde ein „nationaler Befreiungskampf“ für notwendig erklärt, der gegen die „Vassallenregierung in Bonn“ geführt werden müsse.

Intensive Repression

Wie es auf der Parteikonferenz hieß, war eine „Verschärfung des Klassenkampfes“ unvermeidlich. Mit dieser Formel wurden Maßnahmen intensiverer Repression angekündigt. Ulbricht und seine Leute hatten nun völlig freie Bahn zur rücksichtslosen Durchsetzung des von ihnen befürworteten radikalen Kurses, der die DDR zum Musterland des Sozialismus machen sollte. Sie setzten alle Mittel des politischen und finanziellen Drucks ein, um die Existenz des bisher noch geduldeten Mittelstandes bis hin zu Handwerk und Kleinhandel zu beenden und die Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen. An den sozialen Orten, die bürgerlichen Kreisen und der Jugend bis dahin noch relative Freiräume gewährt hatten, setzte scharfe Verfolgung

ein. Diese richtete sich insbesondere gegen die Evangelische Kirche, die damals noch den Charakter einer Volkskirche hatte, und gegen die zu ihr gehörende „Junge Gemeinde“. Auch die anderen jungen Männer sahen sich weithin durch pressionsgestützte Werbungen zur „Kasernierten Volkspolizei“ bedrängt. Die Arbeiterschaft kam unter Druck durch erhöhte Leistungsanforderungen, die vor allem den Rüstungszielen dienten. Vor diesem Hintergrund hatten Polizei und Gerichte viel Unterdrückungsarbeit zu leisten.

„Aufklärungskampagne“

Ulbricht glaubte ebenso wie Stalin, dass sich diese Maßnahmen positiv auswirken müssten. Dem lag die Überzeugung von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zugrunde. Die forcierte politische, ökonomische und gesellschaftliche Umwälzung war demnach geeignet, die DDR gegenüber der Bundesrepublik zu stärken, die sich im Zeichen der „sozialen Marktwirtschaft“ in vollem Aufschwung befand. Die Entwicklungen im SED-Staat deuteten freilich auf dessen Schwächung hin. Die – ohnehin mangelhafte – Versorgung der Bevölkerung verschlechterte sich weiter, und die Unzufriedenheit im Lande nahm noch mehr zu als zuvor. Die natürliche Folge war ein starkes Anwachsen der Massenflucht in den Westen.

Es war nicht nur die gebieterische Weisung Stalins, die Ulbricht allen Misserfolgen zum Trotz am Kurs des forcierten Übergangs zum Sozialismus festhalten ließ. Auch aufgrund persönlicher Überzeugung zweifelte der SED-Chef nicht an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zum sozialistischen Musterland. Demnach gab es bloß momentane Anfangsschwierigkeiten. Und wenn viele Menschen in der DDR nicht begreifen wollten, dass der Sozialismus in eine bessere Zukunft führte, dann galt es eben, ih-

nen das „richtige Bewusstsein“ beizubringen. Wie immer, wenn die „Massen“ die Gefolgschaft verweigerten, leitete die kommunistische Führung zur Lösung des Problems eine „Aufklärungskampagne“ ein. Man fühlt sich an eine Hegel-Anekdote erinnert. Als dieser Philosoph, der die Grundsatzvorstellungen Marx' von der Welt geprägt hat, darauf hingewiesen wurde, die Wirklichkeit verhalte sich anders, als von seinen Ideen gefordert, soll er geantwortet haben: „Umso schlimmer für die Wirklichkeit.“

Der Musterstaat DDR in der Bewährungsprobe

Solange Stalin lebte, war die von ihm festgelegte DDR-Politik auch in Moskau sakrosankt. Nach seinem Tod freilich kamen seine Nachfolger nicht umhin, der sich anbahnenden Krise in Ostdeutschland ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Sie fassten nach einigem Hin und Her den Entschluss, die Forcierung des dortigen „sozialistischen Aufbaus“ zurückzunehmen. Anfang Juni 1953 nötigten sie der SED-Führung in aller Hast einen „Neuen Kurs“ auf, der die Maßnahmen zur Kollektivierung der Landwirtschaft und Beseitigung der Mittelstandsbetriebe widerrief, die Einstellung des Kampfes gegen Bürgertum und Kirche verfügte, die Versorgung mit Lebensmitteln verbesserte und den geflüchteten Klein-, Mittel- und Großbauern nicht nur gefahrlose Rückkehr, sondern auch Wiedergutmachung des erlittenen Schadens zusagte. Die Schuld an den, wie es ausdrücklich hieß, „fehlerhaften“ Beschlüssen der II. Parteikonferenz wurde, wie in Moskau üblich, der ausführenden Seite gegeben, in diesem Falle also der SED-Spitze und insbesondere Ulbricht. Das wirkte sich sofort auf dessen innerparteiliche Stellung aus: Der bis dahin unangefochten dominierende SED-Generalsekretär sah sich auf einmal heftigen Anwürfen seiner Politbürokollegen ausgesetzt, die darin vom

sowjetischen Hochkommissar unterstützt wurden.

Als sich nach dem Aufstand des 17. Juni und dem Sturz Berijas im Kreml das Blatt in Ost-Berlin wieder zu Gunsten Ulbrichts wendete, wurden die Maßnahmen des „Neuen Kurses“ zunächst weiterhin beibehalten. Die Führung der UdSSR sah sich sogar veranlasst, die Politik der Zugeständnisse an die widerspenstigen Realitäten noch zu erweitern. Sie erkannte, dass auch die Überforderung der Wirtschaftskraft durch forcierte Aufrüstung und hohe Reparationslasten wie Besatzungskosten erheblich zum Desaster in der DDR beigetragen hatten. Sie verfügte daher eine Reduzierung des ostdeutschen Militärs und verzichtete ab Ende 1953 auf weitere Reparationen. Mehr noch: Die Erschütterung der sowjetischen Position in Deutschland, die als Folge des 17. Juni eingetreten war, ließ darüber hinaus materielle Unterstützung zur Konsolidierung des SED-Staates notwendig erscheinen. Die Anerkennung des Kreml, der ostdeutschen Seite allzu viel abverlangt zu haben, verschaffte Ulbricht eine zusätzliche Rechtfertigung für die Misere des Sozialismus in der DDR und das immer deutlicher werdende Hinterherhinken hinter der Bundesrepublik. Danach war es – neben einem vorgeblich ererbten niedrigeren Industrialisierungsgrad – dem großen Ausmaß der den Ostdeutschen in der Nachkriegszeit aufgebürdeten Lasten zuzuschreiben, dass der SED-Staat wirtschaftlich wenig vorankam. Die Bundesrepublik habe dagegen von den USA durch den Marshall-Plan viele Mittel für den Ausbau ihrer Betriebe erhalten. Die DDR aber sei wegen der von ihr für Gesamtdeutschland geleisteten Reparationen außer Stande gewesen, ihrer Industrie hinreichende Investitionen zukommen zu lassen.

Diese Darstellung war insofern bemerkenswert, als bis dahin die Stalin-These

gegolten hatte, der Marshall-Plan sei nichts als ein Instrument, mit dem die USA Europa versklaven wollten. Die Behauptung Ulbrichts, den industriell schwächer entwickelten Teil Deutschlands ererbt zu haben, traf freilich nicht zu. Obwohl er nicht das Ruhrgebiet bekommen hatte, besaß die spätere DDR vor 1945 ein durchschnittlich höheres Industrieniveau als die künftige Bundesrepublik. Zudem waren die dortigen Betriebe von den Zerstörungen der Kriegszeit weit weniger betroffen. Auf einem anderen Blatt steht, dass die ostdeutsche Wirtschaft von den Demontagetrupps der Besatzungsmacht und den Lieferungen an die UdSSR erheblich stärker getroffen wurde. Nach dem Kurswechsel des Kreml im Jahre 1953 von der Ausbeutung zur – auch danach immer wieder geleisteten – teilweisen Unterstützung musste sich erweisen, ob das sozialistische System in der DDR den Erfolg erzielte, der den Erwartungen Ulbrichts und anderer Kommunisten entsprach.

„Störwirkungen ausschalten“

1958 war das Ergebnis trotz fortgesetzter sowjetischer Hilfe weiterhin negativ. Der SED-Chef sah, dass das Zurückbleiben hinter der Bundesrepublik fortlaufend zunahm und Chruschtschow nicht länger mit dem Hinweis auf Entwicklungen in der frühen Nachkriegszeit abzuspeisen war. Er brachte daher den sowjetischen Führer auf den Gedanken, dass es an der offenen Grenze zum Westen liege, wenn der Sozialismus in der DDR nicht den erwarteten Erfolg habe. Demnach galt es, die Störwirkungen auszuschalten, die von dort ausgingen und vor allem über West-Berlin eindringen. Neben dem Aderlass, den die fortgesetzte Massenflicht verursachte, sollte vor allem der westlichen „Spionage- und Diversionstätigkeit“ ein Riegel vorgeschoben werden. Das im Sommer und Herbst 1958 formulierte Aktionsprogramm sah eine Aufhe-

bung allen bisherigen Besatzungsrechtes vor mit der Folge, dass die Westmächte die Grundlage ihrer Anwesenheit in West-Berlin und ihres Anspruchs auf Zugang dorthin verlieren würden. Die Stadt sollte statt des westlichen Schutzes ein Statut erhalten, das ihr zwar innere Autonomie zusicherte, sie aber nicht nur in der Frage des Zuganges, sondern auch mit allen wichtigen Entscheidungen von der DDR-Regierung abhängig machte. Es ging darum, die offene Grenze durch Isolierung West-Berlins vom Westen und dessen Einbeziehung in den östlichen Machtbereich zu beseitigen.

Sperrung der Berliner Sektorengrenze

Chruschtschow scheute aber das Kriegsrisiko, das entstanden wäre, wenn er die angestrebte Regelung gegen den Widerstand der USA durchzusetzen gesucht hätte. Nachdem er sich lange vergeblich um deren Einverständnis bemüht hatte, entschloss er sich Ende Juli 1961 zu einem Schritt, vor dem er trotz Ulbrichts Drängens bis dahin zurückgeschreckt war, weil er einen fatalen Eindruck in der Öffentlichkeit voraussah. Er fand sich zur Sperrung der Sektorengrenze in Berlin bereit. Diese Maßnahme schien insofern mit einem relativ geringen Risiko verbunden, als der amerikanische Präsident sein Interesse auf die Präsenz in West-Berlin, auf den Zugang dorthin und auf die Lebensfähigkeit der Stadt richtete und kaum Sorge um die innerstädtische Bewegungsfreiheit an den Tag legte. Chruschtschows Kalkül erwies sich als richtig. Die Aktion vom 13. August 1961 rief in Washington nur schwachen Protest hervor. Kennedy war sogar erleichtert, weil er zu Unrecht glaubte, dass die Berlin-Krise damit ohne ernstlichen Schaden ausgestanden sei. Es bedurfte einiger Zeit, bis er die psychologisch-politischen Folgen für West-Berlin und die Bundesrepublik und die daraus erwachsenden Ge-

fahren für den Zusammenhalt im Westen erkannte.

Ulbricht triumphierte. Er war sich zwar genauso wie Chruschtschow des negativen Eindrucks auf die Öffentlichkeit bewusst, doch zählte das für ihn vergleichsweise wenig. Der Mauerbau war in seinen Augen der krönende Abschluss der DDR-Staatsgründung, nachdem auch der Musterstaat von 1952, den er nach der Krise von 1953 inzwischen restauriert hatte, nicht zur angestrebten schönen neuen Welt des Sozialismus geführt hatte. Für den SED-Chef war klar, dass dies nur an der Weigerung Stalins liegen konnte, ohne Ausnahme die gesamte Grenze gegen den Westen abzuriegeln. Wie er glaubte, musste die Ausschaltung aller Einflüsse des westlichen „Klassenfeindes“ endlich den Erfolg bringen und damit die Gründung der DDR vollenden. Als entscheidend wichtig sah er dabei auch die Befreiung der DDR aus der Abhängigkeit von westdeutschen Warenlieferungen an. Zudem sollte nach der mit Chruschtschow getroffenen Absprache dem Mauerbau als einer lediglich einleitenden Maßnahme im August am Jahresende der seit langem geplante, nun aber fest terminierte Friedensvertragsabschluss folgen, der die Geschicke West-Berlins in die Hand der SED-Führung legen würde. Vor diesem zugesagten weiteren Schritt scheute der Kremlchef dann jedoch wieder zurück. Ende 1962 nach der Kuba-Krise entschloss er sich sogar dazu, den Berlin-Konflikt vorerst ruhen zu lassen. Er wollte sich endlich anderen Problemen zuwenden, von deren Lösung ihn die Verfolgung des Berlin-Zieles abgehalten hatte. Gegenüber dem SED-Chef rechtfertigte er den Kurswechsel mit dem Hinweis, dieser habe mit der Mauer doch schon alles erhalten, was er brauche.

Schlechte Wirtschaftsleistung

Die Hoffnung auf innere Stabilisierung der DDR erfüllte sich durch den Mauer-

bau immerhin für die Dauer von zweieinhalb Jahrzehnten, weil den Ostdeutschen die Möglichkeit der Flucht als Alternative zum Ertragen der SED-Herrschaft genommen war. Die zusätzliche Erwartung, nun werde der Sozialismus in der DDR seine Überlegenheit über das kapitalistische System beweisen, erfüllte sich freilich nicht, wie Chruschtschow schon bald zu merken begann. Mitte 1962 beklagte er im Gespräch mit dem Prager Parteichef Novotný, dass Ulbricht zwar die Mauer und sowjetische Wirtschaftshilfe bekommen habe, ihm aber nach wie vor mit Ersuchen um weitere materielle Hilfe in den Ohren liege. Die Wirtschaftsleistung sei weiterhin schlecht. Auch habe sich die DDR nicht aus der Abhängigkeit von westdeutschen Warenlieferungen zu lösen vermocht.

Legt man die damals in Moskau und Ost-Berlin gehegten Vorstellungen zugrunde, dann hieß das nichts anderes, als dass der Versuch, die Staatlichkeit der DDR gegen den Westen durchzusetzen, 1961 abermals Stückwerk geblieben war. Die Lieferabhängigkeit verstärkte sich sogar noch in den siebziger und achtziger Jahren. Zum einen eröffnete die „neue Ostpolitik“ Bonns dem SED-Regime die Möglichkeit, sich Westdevisen und Westwaren zu verschaffen. Zum anderen leitete Honecker, der 1971 Ulbricht ablöste, eine Sozialpolitik ein, welche die wirtschaftliche Kraft der DDR weit überstieg. Der Kreml war zwar damit einverstanden, half aber nur sehr begrenzt bei der Bewältigung der dadurch verursachten wirtschaftlichen Probleme. Die Folge war, dass sich die SED-Führung zunehmend auf die Hilfe der Bundesrepublik angewiesen sah. Moskau wies zwar immer wieder auf die Gefahren hin, die sich daraus ergaben, und stoppte die Ost-Berliner Politik einige Male, als sie sich allzu sehr auf Bonn zuzubewegen schien, bot aber keinen Ausweg aus dem Dilemma und erreichte daher letztlich gar nichts.

Es war kein Zufall, dass sich die DDR-Wirtschaft ab 1961 nicht so entwickelte wie erwartet. Ulbricht hatte die Lehre von 1952/53 ignoriert, dass nicht mehr, sondern weniger Sozialismus die wirtschaftliche Lage verbesserte. Dieser Fehler war ihm schon 1959 unterlaufen, als er geglaubt hatte, die DDR durch eine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zu stärken. Die ökonomische Krise und die Zunahme der Massenflucht 1960/61, die Chruschtschow zum Mauerbau bewogen, sind als eine Folge dieser Sozialisierungsmaßnahme zu erklären. Die Bemühungen des SED-Chefs ab 1963, ein „Neues ökonomisches System“ mit eingebauten marktwirtschaftlichen Elementen einzuführen, zog zwar einige Verbesserungen nach sich, löste aber nicht die Probleme der sozialistischen Wirtschaft. Zudem brach die Unterstützung des Kreml für diesen Kurs weg, nachdem Chruschtschow abgesetzt worden war. Anfang Dezember 1965 musste Ulbricht einem Handelsabkommen mit der Sowjetunion zustimmen, das ihm nur noch wenig Spielraum für seine Wirtschaftsreform ließ. Als er sein Amt 1971 aufgeben musste, wurden ihre letzten Reste beseitigt.

Langfristig wurde der von Anfang an fehlkonstruierte SED-Staat auch durch die Mauer nicht gerettet. Es erfüllte sich die Voraussage Kurt Schumachers von Anfang der fünfziger Jahre: Irgendwann würde der Punkt erreicht sein, an dem das wirtschaftliche Versagen die Basis des SED-Regimes so weit unterhöhlt hatte, dass es sich mit allen verfügbaren Herrschaftsmitteln nicht mehr an der Macht halten konnte. Wie wir aus den ostdeutschen Akten und aufgrund der Kenntnis des verrotteten Zustandes von Kapitalstock und Infrastruktur wissen, war die DDR 1989/90 völlig am Ende.

Zugleich gab es keine Hoffnung mehr, dass irgendwer das SED-Regime retten würde. Gorbatschow lehnte die finanzielle und militärische Verantwortung für dessen innenpolitische Sicherung ab und verwies die DDR so wie die anderen Verbündeten auf den Weg der Selbsthilfe. Das hätte eine radikale Absenkung des Lebensstandards mit einer unermesslichen Steigerung der politischen Unruhe zur Folge gehabt. Nur noch massive Hilfe aus der Bundesrepublik konnte davor bewahren.

Die Öffnung der Mauer durch das spontane Handeln der Bevölkerung verhinderte, dass die Führung die bisherige Übung fortsetzte, sich Milderungen ihrer Abriegelungspolitik mit klingender Münze bezahlen zu lassen. Der Weg, Bonn zur finanziellen Stützung der SED-Herrschaft zu nötigen, war danach nicht mehr gangbar. Bundeskanzler Helmut Kohl konnte daher verlangen, dass sich das Regime dem Verlangen der Bürger nach Vereinigung beugte. Dem letzten kommunistischen Ministerpräsidenten Hans Modrow blieb Ende Januar 1990 nichts anderes übrig, als zögernd die nationale Einheit ins Auge zu fassen.

Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autors am 18. September 2002 im Rahmen der Vortragsreihe des Rotary-Clubs Bonn-Rheinbach zur Geschichte der DDR.

Beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin, kann folgendes Buch bezogen werden: Falco Werkentin (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002.